Januar 2014

DIE LINKE.
Ortsverband Neuenhagen bei Berlin

ANSICHTEN-AUSSICHTEN

Stolpersteine in Neuenhagen
Seite 2 >>>

Linke Finanzpolitik
Seite 3 >>>

Realitäts-Check Merkel & Co
Seite 5 >>>



Ein friedliches, gesundes und glückliches Jahr 2014 wünscht DIE LINKE Neuenhagen

Gedanken zum Jahreswechsel

Nun ist sie da, die große Koalition. Vieler Bürgerinnen und Bürger mögen sich darüber freuen. Von einer starken Regierung erhofft man Stabilität, Sicherheit und Wahrung der Besitzstände, auch wenn sie bei manch einem eher bescheiden sind. Uns geht es gut, verglichen mit „dem Süden“ ist Deutschland beinahe die Insel der Glückseeligen. Das soll so bleiben. Keine Experimente bitte.

Bekanntermaßen ist man in den Tagen um Weihnachten für fremdes Leid etwas aufgeschlossener als sonst. Reichlich finden wir in diesen Tagen Post in unseren Briefkästen, die uns damit konfrontieren. Das berührt einen schon. Mit einer Spende befreit man sich schnell wieder von den damit verbundenen unguten Gefühlen. Oder man wird etwas nachdenklich. Oder man ignoriert einfach alles.

Ungute Gefühle haben wir gelegentlich auch, wenn wir die Nachrichten verfolgen: Syrien, Ägypten, Irak, Unruhen in Brasilien, Eurostabilität, Machenschaften der Großbanken, marode Brücken im eigenen Land, ein Verfassungsschutz, der auf dem rechten Auge blind ist etc.

Kommt da etwas Bedrohliches auf uns zu? Braut sich da etwas zusammen? Wollen wir mal nicht hoffen. Eine Spende hilft da jedenfalls nicht. Da hilft - die Regierung der großen Koalition. Wirklich? Man wird schon ein bisschen nachdenklich. Oder man ignoriert es.

Wenn Sie das Blatt in den Händen halten werden, sind die Feiertage vorüber. Man findet kaum noch Zeit, über so etwas nachzudenken. Schade, meint

Werner Niebsch

Nachtflugverbot nicht länger blockieren

Christian Görke, der Fraktionsvorsitzende der LINKEN will ein strenges Nachtflugverbot



Vor einem Jahr haben über 106.000 Brandenburger das Volksbegehren für ein strenges Nachtflugverbot am Hauptstadt-Flughafen Schönefeld unterschrieben.

Damit war das erste Mal ein brandenburgisches Volksbegehren erfolgreich, während ein entsprechendes Parallelbegehren in Berlin zuvor gescheitert war.

Während die LINKE in der Landesregierung Potsdam auf eine Ausweitung des Nachtflugverbotes drängte, stellte sich die SPD zunächst gegen die Übernahme des Volksbegehrens. Aber dann schwenkte der damalige Ministerpräsident Matthias Platzek (SPD) um.

Die rot-rote Landesregierung hat inzwischen zwar im Bundesrat ein Gesetz für eine bundesweites Nachtflugverbot eingebracht. Aber für die Ausweitung des Nachtflugverbotes braucht Brandenburg auch die Zustimmung der BER-Gesellschaftern, d.h. des Bundes und Berlin.

„Bislang prallten unsere Vorschläge aber am Widerstand der beiden Anderen ab, sagt der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Christian Görke, er kritisiert in diesem Zusammenhang auch die CDU. „Hier in Brandenburg polemisieren sie gegen die Landesregierung und in Berlin und in der Bundesregierung agieren sie als Verhinderer. Diese Täuschung der Menschen in unserem Land muss endlich ein Ende haben. Ich fordere die Brandenburger CDU auf, gegenüber ihren Unionsfreunden in Berlin und dem Bund konsequent Farbe für die Interessen der Brandenburger*innen zu bekennen Sie sollten endlich aufhören, sich gegen die Ausweitung des Nachtflugverbotes zu stemmen.“

Stolpersteine zur Erinnerung an jüdische Mitbürger

Ein Interview von Ansichten-Aussichten mit Frau **Dr. Else Ackermann**, MdB von 1991-1994

Vorbemerkung: Während der Diskussion zur Errichtung einer Grabstätte für die Toten des 2. Weltkriegs auf dem Kirchhof in der Carl-Schmäcke-Straße wurde der Gedanke geäußert, der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Neuenhagen in besonderer Weise zu gedenken.

A-A: Frau Dr. Ackermann, Sie haben dabei an die jüdischen Mitbürger gedacht, die in unserer Gemeinde gelebt und gewirkt haben. Was schwebt Ihnen da vor?

Dr. Ackermann: Ich denke an Stolpersteine, wie sie schon in anderen Gemeinden und Städten installiert wurden. Durch solche Steine in den Fußwegen wird an die Opfer „im Vorübergehen", also unaufdringlich, aber stetig erinnert. Es ist wichtig, dass nicht vergessen wird, was einmal in Deutschland Grauenhaftes passieren konnte. Das darf sich nie wiederholen.

A-A: Wie verlaufen Ihre Recherchen?



Frau Dr. Else Ackermann beim Interview
Foto: W. Niebsch

Dr. Ackermann: Ausgangspunkt war eine Liste aus dem Neuenhagener Archiv mit 11 Namen (s.u.).
Unterstützung kam auch von Dr. Erich Siek, der aus einer Broschüre von Erich Bischof und aus Berichten von Zeitzeugen weitere Namen jüdischer Mitbürger beisteuern konnte. Ich wandte mich dann an das Centrum Judaicum in der Hoffnung, dass dort Unterlagen über das Leben der betroffenen Personen Auskunft geben könnten. Leider gibt es dort keine Dokumente zu den Namen; ich erhielt aber den Hinweis auf das Brandenburgische Hauptarchiv. Die Antwort von dort steht noch aus. Sie sehen also, es ist nicht einfach, die notwendigen Auskünfte zu bekommen.

A-A: Welche Unterstützung können die Neuenhagener bei diesem Vorhaben leisten?

Dr. Ackermann: Vielleicht leben noch Neuenhagener, die sich an die jüdischen Mitbürger erinnern. Ich würde mich freuen, wenn sie sich melden und uns mitteilen, was sie wissen.

A-A: Wie schätzen Sie die Aussicht ein, das Vorhaben zu realisieren?

Dr. Ackermann: Ich bin sehr zuversichtlich. Vielleicht wird es noch schwierig, letzte Gewissheit über das Schicksal der Betroffenen zu bekommen. Wenn es sein muss, wende ich mich an die israelische Botschaft, um Kontakt mit der Gedenkstätte Yad Vashem aufzunehmen.

A-A: Frau Dr. Ackermann, mir imponiert, wie Sie sich engagieren. Ich hoffe, dass Sie noch viele Bürger damit anstecken und dass wir in Neuenhagen mit den Stolpersteinen das Fundament für eine gediegene fruchtbare Erinnerungskultur verstärken werden.Ich danke Ihnen für das Interview.

Das Interview führte
Werner Niebsch

Rechercheergebnisse Stand 5.12.2013

(Red.) Das Brandenburgische Landesarchiv hat die von Frau Dr. Ackermann übermittelte Liste mit den Namen jüdischer Bürger aus dem Neuenhagener Archiv überprüft und mitgeteilt, dass den dort erwähnten Personen Otto Marcus, Lora und Emilie Reiche sowie Pauline Fränkel und deren Familienangehörigen die Flucht ins Ausland gelungen ist. Leider gab es zu den nachfolgend genannten Personen keine Unterlagen im Landesarchiv: das sind Alfred Lachs; Karl, Johanna und Magdalena Spitzer; Moritz Wolf.

Das Brandenburgische Landesarchiv übermittelte ferner eine Namensliste jüdischer Bürger, die gemäß der „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938" erstellt worden ist. Hier werden genannt: Else Feingold, Simon Futran, Philipp und Gertrud Kösters, Otto Pohl, Herbert und Erna Smilowski, Kurt und Claire Schaefer, Franziska Törlitz, Herta Walther und Dr. Alfred Laudon, dessen Name auch in der Neuenhagener Liste angeführt ist.

Im Interview werden die älteren Bürgerinnen und Bürger Neuenhagens zur Mitwirkung angesprochen.

Vielleicht können auch jüngere Neuenhagener helfen. Recherchen im Internet wären da eine Möglichkeit. Ein guter Tip wird im Schreiben des Archivs gegeben:
http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch

Wir würden uns freuen, darüber berichten zu können.

Liste ehemaliger jüdischer Bürger Neuenhagens

Lachs, Alfred	Futtermeister Langenbeckstraße 39
Marcus, Otto	Kaufmann Horstweg 22
Reiche, Emilie	geborene Moses Entrichstraße
Reiche, Lora,	geborene Basta Entrichstraße
Spitzer, Karl	Kaufmann Ahornstraße 10
Spitzer, Johannage	geborene Cohn Ahornstraße 10
Spitzer, Magdalene	Ahornstraße 10
Wolf, Moritz	Akazienstraße
Fränkel, Pauline	geborene Rosenthal Rückertstraße 70,Parz.709
Dr. Laudon, Alfred	Arzt Bollensdorfer Straße, Parz.1088
Kladziwa, Eduard	Inhaber Textilgeschäft Bahnhofsstraße 60

Linke Finanzpolitik? Geht doch!

DIE LINKE in Kooperation mit SPD und Bauernverband ermöglichen Investitionen in soziale Projekte



Dr. Arno Gassmann

Kreistagsmitglied der LINKEN

Gerne wird linker Politik unterstellt, sie könne nur soziale Versprechungen machen. Im Landkreis Märkisch-Oderland hat eine Kooperation aus Bauernverband, SPD und DIE LINKE den Gegenbeweis angetreten – und das bei sinkenden Zuschüssen von Bund und Land.

Es sind schlechte Nachrichten für die Kreise und Kommunen: Es gibt kein Geld mehr, auch nicht für die Grenzregion MOL. Was ab 2020 an Investitionen getätigt werden soll, wird der Kreis selbst ausfinanzieren müssen.

Das Prinzip ist fast immer ähnlich. Bund oder Land schieben mit Finanzhilfen soziale und kulturelle Projekte an und ziehen sich von diesen zurück, sobald sie etabliert sind. Dann hat der Kreis die Wahl: Ein gutes Projekt aufgeben oder es selbst zu finanzieren. Prominente Beispiele aus der Praxis sind hier das „Bildungs- und Teilhabepaket“ (BUT) und der „Lokale Aktionsplan“ (LAP). Ersteres sorgt für einen Ausgleich beim Zugang zu Lernmitteln für bedürftige Kinder, zweiter stärkt die Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Der Kreis finanziert beides weiter und er wird – so hat es die Linksfraktion vorgeschlagen - noch mehr auf diesen sensiblen Feldern leisten, denn der Bedarf wächst. Zwei Beispiele:

1) Die Ausgaben im Jugendhilfebereich haben sich in den letzten Jahren verdoppelt, während die Anzahl an jugendlichen Einwohnern in MOL um 30 % zurückging. In Zahlen heißt das, der Kreis wendet momentan 2.500 Euro pro Jugendlichem und Jahr für Unterstützungsleistungen auf. Hinzu kommen noch 100.000 Euro die in den Drogenschutz für Kinder investiert werden - auch ursprünglich ein Projekt des Bundes. Die per Bundesgesetz vorgeschriebene Kindertagesbetreuung ist ebenfalls Kreispflicht und verursacht erhebliche Kosten.

2) Die Anzahl der Asylbewerber im Landkreis hat sich 2013 von 300 auf 600 erhöht, das bringt erhöhte Kosten für eine menschenwürdige Unterbringung mit sich. Das ist nur richtig. Schlimm aber ist, dass es auch dazu führt, dass rechte Tendenzen und rechtsradikale Protagonisten verstärkt auftreten. Darum verlangt die Linke im Kreistag Märkisch Oderland mehr Ausgaben für eine effektive Prävention gegen rechts. Das „Netzwerk für Toleranz und Integration“ muss ebenso gestärkt werden, wie der „Migrationsfachdienst“.

Trotz solcher Herausforderungen ist es der Kooperation aus Bauernverband, SPD und DIE LINKE im Kreistag erstmals gelungen, nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, sondern sogar einen Überschuss zu erwirtschaften (2011 / + 2,23 Mio. €, 2012 / + 1,54 Mio. €). Dazu hat auch die gute konjunkturelle Lage in Deutschland beigetragen, die auch zu höheren Einnahmen auf der Kreisebene geführt hat. Trotzdem musste und muss mit Augenmaß kalkuliert werden. Nur so konnten die Verschuldung von 8,2 Mio. € (2010) auf voraussichtlich 5,8 Mio. € (2014) abgesenkt und das vom Land Brandenburg auferlegte Haushaltssicherungskonzept abgestreift werden. Dadurch wurde es dem Kreis überhaupt erst möglich, in freiwillige soziale und kulturelle Projekte zu investieren. DIE LINKE hat sich dabei ausdrücklich für die Sportförderung und die Unterstützung des Ehrenamtes starkgemacht.

Die Linksfraktion im Kreistag kann mit gutem Gewissen sagen, dass sie in dieser Legislaturperiode viel erreicht hat. Die Abgeordneten wissen aber auch, dass noch viel zu tun ist. Schon Stillstand wäre Rückschritt. Noch in diesem Jahr sollen konkrete Lösungen für die Probleme der kreiseigenen Kultur GmbH beschlossen werden.

Aus meiner Sicht muss die nächste große Aufgabe dann sein, dafür zu sorgen, dass der berlinferne Raum des Kreises nicht von den positiven Entwicklungen „abgehängt“ wird. Hier ist Solidarität gefragt und nicht eine Verschärfung der Lage aus egoistischen Gründen.

---

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freundlich zu Familien

Potsdam. Lychen, Nuthetal, Neuenhagen und Petershagen-Eggersdorf sind als familienfreundlichste Gemeinden 2013 in Brandenburg ausgezeichnet worden. Familienminister Günter Baaske (SPD) beglückwünschte am Montag die Sieger. »Den demografischen Wandel nur zu beklagen, ist zu wenig. Man muss handeln. Das tun diese Gemeinden«, erklärte er. Neben Urkunden erhielten die Gemeinden auch jeweils 19 175 Euro als Preisgeld für weitere Projekte. Neuenhagen ist der Titel nach 2009 schon zum zweiten Mal verliehen worden. Der Wettbewerb wurde bereits zum siebten Mal ausgetragen. Er wurde 1998 ins Leben gerufen. dpa/nd

Berlin-Ausgabe vom Dienstag, 3. Dezember 2013, Seite 13

Die Linke trauert um Nelson Mandela



Für Neuenhagen in den Landtag



Am 27. November wurde der 47-jährige Gewerkschafter Sascha Lietzke aus Hoppegarten zum gemeinsamen Kandidaten der LINKEN für den Wahlkreis 31 gewählt. Er arbeitet als Busfahrer bei der Busverkehr-Märkisch-Oderland GmbH und ist dort seit 2010 Betriebsratsvorsitzender und Mitglied der Landestarifkommission der Gewerkschaft ver.di. Im Landtag will er sich um die Verkehrspolitik kümmern und vor allem für einen bedarfsorientierten und bezahlbaren ÖPNV eintreten. Er streitet für ein strenges Nachtflugverbot. Die Fahrpreisgestaltung der DB-AG müsse sozialer werden.

Lietzke über sich selbst: „Ich komme nicht aus dem Politikbetrieb, nicht aus dem Studium, nicht aus der Verwaltung, sondern aus der Produktion. Und ich denke, dass auch Menschen mit einem ganz normalen proletarischen Beruf das Zeug haben, die Landespolitik als Abgeordnete mitzugestalten."

Sascha Lietzke hat in seiner Vorstellung vor der Neuenhagener Parteibasis eine stärke Zusammenarbeit der linken Kommunalfraktionen des Mittelbereichs angeregt. Die LINKE Neuenhagen freut sich auf den gemeinsamen Wahlkampf mit Sascha.

Schöneburg will Mieterschutz verbessern

DIE LINKE mit einem Vorschlag der Länder zu einem sozial gerechteren Mietrecht



(Red.) Mieterschutz ist Bundesrecht, die Länder haben da wenig Spielraum. Dennoch hat Brandenburgs Justizminister **Volkmar Schöneburg** (DIE LINKE) einen Weg für Verbesserungen gefunden.

Auf der Herbsttagung der Justizminister haben Schöneburgs Kollegen aus den Ländern einen brandenburgischen Vorschlag zum Mieterschutz aufgegriffen. Im Auftrag der Justizministerkonferenz soll Schöneburg in der ersten Jahreshälfte 2014 einen Gesetzentwurf erarbeiten, den die Länder im Bundesrat einbringen sollen. Er sieht die Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Schonfristregelung des § 569 Absatz 3 Nr. 2 BGB auf die ordentliche Kündigung vor.

Worum geht es? Gegen eine fristlose Kündigung kann sich ein säumiger Mieter in der Regel erfolgreich wehren, sofern er den Mietrückstand innerhalb einer bestimmten Frist vollständig begleicht. Diese für den Mieter geschaffene Möglichkeit zur Abwendung einer Kündigung kann ein Vermieter bisher jedoch unterlaufen, wenn er dem Mieter nicht nur fristlos, sondern zugleich ordentlich kündigt. In der Regel endet dann das Mietverhältnis – je nach gesetzlicher Kündigungsfrist – nach drei bis neun Monaten.

Schöneburg: „Mit dem Brandenburger Vorschlag zur Schonfristregelung können die Rechte der Mieter an einer wichtigen Stelle gestärkt werden. Es ist an der Zeit, das Mietrecht sozial gerechter zu gestalten."



Phrasenmäher

Das Dioxid der Kohlen

In der Sprache hält sich manches hartnäckig länger als in der Wirklichkeit. Doch für die Alltagsverständigung zwischen den Menschen ist dieser Sachverhalt oft gar nicht nachteilig.

Kürzlich erhielt ich eine Einladung zu einer Dampferfahrt. Oh fein, dachte ich, es geht nach Dresden! Wieso nach Dresden? Es geht nach Bad Saarow! Also nichts mit Dampfer, es handelt sich „lediglich" um ein Motorschiff. So eine Fahrt ist natürlich auch sehr schön. Doch um mit einem Dampfer zu fahren, muss man schon nach Dresden, an den Vierwaldstätter See oder sonst wohin reisen. Wer bloß einen im Original sehen möchte, hat es nach Oderberg nicht weit.

Ähnlich verhält es sich mit den Reisezügen der Eisenbahn. Noch immer ist das Wort Zug in aller Munde, wenn von diesem Verkehrsmittel die Rede ist. Sogar vom S-Bahn-Zug wird mitunter gesprochen. Dabei sind solche Begriffe wie Personenzug, Schnellzug, D-Zug oder Eilzug längst aus dem offiziellen Sprachgebrauch der Bahnen verschwunden. Statt dessen haben wir nun Regionalbahn, Regionalexpress, Intercity oder Intercityexpress. Das ist nicht nur eine formale Angelegenheit, denn Lok bespannte Züge haben einen abnehmenden Anteil an den Bahnen. Nur dort wird teilweise noch gezogen, was den Begriff Zug rechtfertigt. In die Gegenrichtung wird oft geschoben, doch da kommt niemand auf die Idee, ein solches Gefährt als Schub zu bezeichnen. Ist auch nicht erforderlich, man weiß ja, was gemeint ist. Manchmal kann man sogar einen ICE als Zug bezeichnen, wenn er defekt ist und von einer Lok abgeschleppt werden muss.

Wenn uns diese und unendlich viele weitere Beispiele in der Alltagssprache eigentlich egal sein könnten, sollten wir in der Sprache von Bildung und Wissenschaft weniger nachgiebig sein. So wird das „verteufelte" CO2 immer noch als Kohlendioxid bezeichnet. Es ist aber das Dioxid des Kohlenstoffs und deshalb als Kohlenstoffdioxid zu benennen, wie dies in modernen Schulbüchern auch geschieht. Verfechter des Kohlendioxids dürften konsequenterweise auch nicht vom Kohlenstoffkreislauf sprechen, sondern lediglich vom Kohlenkreislauf! Das wäre schön, für die Wirtschaft. Alle Energieprobleme gelöst und hohe Profite gesichert! Und dann muss das „Stoff" z. B. auch beim Wasserstoff abgeschafft werden. H2O bestünde dann aus Wasser und Sauer(stoff).

Logik und Sprache – ein weites Feld. Bleiben wir doch lieber beim CO2, solange wir noch nicht COtu: sagen müssen?

Dr. Bernd Raum

Realitäts-Check für Merkel & Co.

Deutschland geht es gut. Zumindest wird das immer wieder behauptet. Aber stimmt das wirklich und wem geht es gut? Der Klar-Deutschland-Check.

Tafeln
Deutschlandweit gibt es circa 910 Lebensmitteltafeln. Mehr als 1,5 Millionen Menschen erhalten dort gespendete Lebensmittel. Seit der Einführung von Hartz IV hat sich die Zahl der Tafeln in Deutschland fast verdoppelt.

Ungezählte Arbeitslose
Bei der Arbeitslosenstatistik wird getrickst. Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, tauchen darin nicht auf, ebenso viele der Arbeitslosen, die älter als 58 sind. Mehr als 841.676 Arbeitslose werden so derzeit unterschlagen.

Staatsschulden
Im Jahr 2002 hatte Deutschland 1,2 Billionen Euro Schulden. Zehn Jahre später, Ende 2012, sind es 2,1 Billionen Euro. Allein die Bankenrettung hat die deutsche Staatsverschuldung um 400 Milliarden Euro erhöht.

Steuerbetrüger
Im ersten Halbjahr 2013 haben sich deutschlandweit 14.549 mutmaßliche Steuerhinterzieher selbst angezeigt. So viele wie nie zuvor. Nach Einschätzung von Experten verliert Deutschland jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung.

Reiche leben länger
Reiche Männer leben im Durchschnitt fünf Jahre länger als arme. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie des Max-Planck-Instituts. Dieser Unterschied hat in den letzten Jahren zugenommen. Noch Mitte der 90er betrug die Differenz etwas mehr als drei Jahre.

Hartz IV
6,2 Millionen Menschen in Deutschland leben von Hartz IV. Ein Drittel von ihnen ist dauerhaft auf diese Unterstützung angewiesen.

Obdachlose
Immer mehr Menschen leben ohne eigene Wohnung. Derzeit gibt es mehr als 284 000 Menschen, die über keinen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügen. Das ist fast die Einwohnerzahl einer Großstadt wie Mannheim.

Privatjets
In Deutschland gibt es derzeit circa 621 Privatjets – so viele wie in keinem anderen europäischen Land. Selbst in den Krisenjahren 2007 bis 2011 wurden 172 Prozent mehr Turbo-Propellermaschinen und 51 Prozent mehr Jets nach Deutschland geliefert als in den fünf Jahren zuvor.

Arme Kinder
Jedes sechste Kind in Deutschland lebt in Armut. Das sind mehr als 2,5 Millionen Mädchen und Jungen. Seit dem Jahr 1965 ist die Zahl der Kinder, die arm sind, um das 16-Fache gestiegen.

Arbeitsmarkt
Mehr als 4 Millionen Menschen in Deutschland arbeiten für Löhne unter 7 Euro brutto pro Stunde, davon 1,4 Millionen sogar für weniger als 5 Euro. Vor allem Ostdeutsche, Frauen und Minijobberinnen und -jobber sind betroffen.

Nicht krankenversichert
Mehr als 140.000 Menschen in Deutschland – vor allem Selbstständige und geringfügig Beschäftigte – haben keine Krankenversicherung und damit keinen Anspruch auf medizinische Leistungen.

Milliardäre
In Deutschland leben laut Manager Magazin 120 Milliardäre. Ihr Privatvermögen beträgt zusammen rund 360 Milliarden Euro.

Arme Rentner
Mehr als 465.000 Rentnerinnen und Rentner über 65 Jahre erhalten Grundsicherung, weil ihre Rente nicht zum Leben reicht. Betroffen sind vor allem Frauen in westdeutschen Bundesländern.



www.linksfraktion.de/klar/gesetze-mehr-gerechtigkeit/

Was die große Koalition den Rentnern bringt

von **Marian Krüger**

Immer mehr Menschen in Deutschland droht Altersarmut. Das Rentenniveau sinkt.

Mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit werden Ostdeutsche rentenrechtlich benachteiligt. Daran wollen SPD und CDU/CSU in ihrem Koalitionsvertrag wenig ändern. Statt die gesetzliche Rente zu stärken, setzen sie weiter auf die kapitalgedeckte Vorsorge. Das ist eine neue Runde der Alterssicherungspolitik im Interesse der Banken und Versicherungen.

Die Rente erst ab 67 bleibt unangetastet. Zwar sollen Versicherte mit 45 Beitragsjahren ab 63 abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. Die Grenze wird aber parallel zur Erhöhung des allgemeinen Rentenalters auf 65 Jahre angehoben. Die überwiegende Mehrheit kommt aber gar nicht auf so viele Beitragsjahre. Für sie bleibt es beim Rentenkürzungsprogramm „Rente erst ab 67“. Statt die überfällige und von diversen Regierungen immer wieder versprochene und dann abgesagte Angleichung der Ost-Renten endlich zu vollziehen, soll erst 2016 geprüft werden, ob ab 2017 eine Teilangleichung notwendig ist, um 2020 gleiche Rentenwerte zu erreichen.

Versprochen wird außerdem eine “solidarische Lebensleistungsrente“ zur Verhinderung von Altersarmut. Doch die hat so hohe Hürden (40 Beitragsjahre und 30 Jahre privater Vorsorge), dass nur Wenige sie erreichen werden. Auch die bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente (sog. Mütterrente) greift zu kurz. Außerdem soll sie systemwidrig aus Beitragsmitteln finanziert werden.

Das ist ungerecht, denn den Beitragszahlenden werden die Kosten allein aufgebürdet. SPD und CDU verbrauchen die Reserven der Rentenversicherung, weil sie hohe Einkommen und Vermögen nicht besser besteuern wollen.

Wissen Sie noch, ... Die Kolumne von **Dr. Erich Siek**

Heute: Nochmals Goethe-Schule

dass die Goethe-Schule, die am 26. September ihr hundertjähriges Bestehen feierte, eigentlich fast 300 Jahre alt ist, genau genommen 298.

Die erste schriftliche Erwähnung der Schule stammt aus dem Jahre 1715, als der damalige Küster der evangelischen Kirche Jacobus Flöricke die Aufgabe eines Lehrers für eine einklassige Dorfschule übertragen bekam.

Seitdem hat die Schule in diesen 300 Jahren fünf verschiedene gesellschaftliche Ordnungen überstanden. Das reicht von der königlich-preußischen Volksschule und der Schule im imperialen deutschen Kaiserreich mit dem ersten Weltkrieg über die Reformschulbewegung im ersten Versuch einer demokratischen deutschen Republik Weimar bis hin zu den gleichgeschalteten Schulen des zwölfjährigen barbarischen Faschismus. Und schließlich liegen auch 40 Jahre des realen Sozialismus in der DDR hinter ihr.

Und nun sind wir in die Gesellschaftsordnung des entwickelten Kapitalismus geraten. Die Überlebensfähigkeit der Schule in den Wirrnissen und Katastrophen der Jahrhunderte verdankt sie vor allem den Lehrern. Mit ihrer Liebe zum Beruf, ihrem pädagogischen Geschick und ihren Erfahrungen haben sie ihre Schule gestaltet. Auch in den vierzig Jahren der heute so oft verteufelten DDR-Zeit fühlten sie sich trotz der ideologischen Eingriffe in die Inhalte ihrer Lehrtätigkeit den Werten einer humanistischen und demokratischen Persönlichkeitsbildung verpflichtet. Viele von ihnen haben an die Möglichkeit eines menschlichen Sozialismus geglaubt und dafür gearbeitet.

Man kann sicher sein, dass alle Lehrer und Mitarbeiter der heutigen Goethe-Schule – wenn auch nicht gleich für die nächsten 300 Jahre, sondern vielleicht erst einmal bis zum nächsten Jubiläum – ihre gesellschaftlich so wichtige pädagogische Tätigkeit erfolgreich leisten werden. Und sie könnten dabei an den klugen Satz des Lehrers und Reformpädagogen des 19. Jahrhunderts Karl Friedrich Wilhelm Wander denken: „Man muss von der Geschichte nicht bloß lernen, was geschehen ist sondern auch, was geschehen wird."

Veranstaltungshinweis

33. Neuenhagener Gespräch

22.01.2014, 19.00 Uhr Bürgerhaus Neuenhagen:

Gespräch mit dem Beigeordneten des Landrates Lutz Amsel,
dem Bürgermeister von Hoppegarten Karsten Knobbe,
dem Bürgermeister von Fredersdorf/Vogelsdorf Dr. Uwe Klett u.a.

über

Schwerpunkte einer Linken Kommunalpolitik

Ein neues Mitglied der LINKEN stellt sich vor



Mein Name ist **Marian Digulla,** und ich bin 32 Jahre alt.

Momentan studiere ich an der TH Wildau Wirtschaftsingenieurwesen im dritten Semester und bin glücklich mit meiner Entscheidung, noch einmal aus dem Arbeitsleben ausgeschieden zu sein, um studieren gehen zu können.

Seit 1998 wähle ich DIE LINKE, da sie meiner Meinung nach die einzig verfügbare Partei ist, der ich zutraue, regieren zu können und gleichzeitig ein gros der mir wichtigen, politischen Überzeugungen umsetzen zu wollen.

Besonders entscheidend ist für mich die Tatsache, dass DIE LINKE über einen sehr guten Überblick der politischen Gesamtsituation verfügt und mit einem besonderen Verständnis für die sozialen Angelegenheiten unseres Landes ausgestattet ist. Die moralische Integrität und Empathie gerade für diejenigen in unserer Gesellschaft, denen es eh schon schlecht geht, finde ich sonst bei keiner anderen Partei.

Da Politik nicht nur ein Funktionieren des Staates im wirtschaftlichen Sinne sicherstellen soll, sondern eben auch von und für Menschen gemacht sein muss, habe ich den Entschluss gefasst in DIE LINKE einzutreten, um aktiver mit gestalten zu können.

Das Bürgerbüro der LINKEN in der Ernst-Thälmann-Str. 33 ist geöffnet:
dienstags von 13 - 18 und sonnabends nach Vereinbarung



Impressum
ANSICHTEN - AUSSICHTEN
Herausgeber: Ortsorganisation Neuenhagen der Partei DIE LINKE, Marian Krüger
c/o Bürgerbüro
Ernst-Thälmann-Str. 33
15366 Neuenhagen

Die Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.